

Umfrage

Fachkräftemangel in Arzt- und Psychotherapiepraxen nimmt zu

Die Suche nach qualifizierten nicht-ärztlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird für niedergelassene Ärzte und Psychologische Psychotherapeuten immer schwieriger. Wie aus einer Anfang August veröffentlichten Umfrage des Zentralinstituts für die kassenärztliche Versorgung (Zi) hervorgeht, gaben 15 Prozent der Befragten an, aufgrund von Personalmangel ihr Leistungsangebot bereits zeitweise eingeschränkt zu haben. Mehr als zwei Drittel der Praxen rechneten auch für die Jahre 2021 und 2022 mit „substanziellen Problemen“, geeignetes Personal zu finden. Um Fachkräfte zu binden hätten knapp drei Viertel der vertragsärztlichen Praxen ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Sonderzahlungen und Zuschläge von durchschnittlich 4.400 Euro pro Jahr gewährt. Während der Coronapandemie hätten zudem mehr als zwei Drittel der Vertragsarztpraxen steuerfreie „Corona-Sonderzahlungen“ in Höhe von durchschnittlich 856 Euro je Mitarbeiter ausgezahlt. Der Zi-Vorstandsvorsitzende Dr. Dominik von Stillfried machte unter anderem die „Vergütungsschere zwischen Praxen und Krankenhäusern“ für die Personalprobleme der



Kompetente Medizinische Fachangestellte sind inzwischen Mangelware auf dem Arbeitsmarkt.

Foto: creative studio/stock.adobe.com

niedergelassenen Ärzte und Psychologischen Psychotherapeuten verantwortlich. Er appellierte an die Politik, die Preise für ambulante Leistungen denen in den Krankenhäusern anzugleichen. Aufgrund der besseren Vergütung falle es den Krankenhäusern leichter, höhere Tarifgehälter etwa für Medizinische Fachangestellte zu zahlen.

Das Zi befragte im ersten Halbjahr 2021 per Online-Fragebogen 53.000 Praxen von Ärzten und Psychologischen Psychotherapeuten zu ihrer Personalsituation. 5.300 Praxisinhaber beteiligten sich an der Umfrage (9,8 Prozent). HK

Öffentlicher Gesundheitsdienst

Mehr Investitionen in Kindergesundheit

Nachhaltige Investitionen in die Strukturen und die multiprofessionelle persönliche Ausstattung der Kinder- und Jugendgesundheitsdienste hat die Deutsche Akademie für Kinder- und Jugendmedizin (DAKJ) kürzlich gefordert. Ärztinnen und Ärzte sowie nicht-ärztliches Fachpersonal seien in den vergangenen eineinhalb Jahren nahezu vollständig zur Bekämpfung der Corona-Pandemie herangezogen worden, während die eigentlichen Aufgaben wie beispielsweise die Schuleingangsuntersuchungen suspendiert wurden, kritisierte die Fachgesellschaft. Dabei sei eine angemessene Versorgung der Kinder und Jugendlichen gerade jetzt besonders wichtig. „Die ersten Lebensjahre bis zum Schulbeginn entscheiden über lebenslange Chancen von Gesundheit, Bildung und Resilienz gegenüber psychosozialen Belastungen“, erklärte DAKJ-Generalsekretär Professor Dr. Hans-Iko Hupertz. Die Ergebnisse der in der Regel bundesweit stattfindenden Schuleingangsuntersuchungen belegten, dass ein Viertel bis ein Drittel aller Kinder psychosozial nicht ausreichend versorgt sei. Die Pandemie habe die Startbedingungen und Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen aus weniger privilegierten Schichten weiter verschlechtert. Ziel müsse deshalb eine nachhaltige Stärkung der Kinder- und Jugendgesundheitsdienste sein. Dabei gelte es, Prävention, Gesundheits- und Kinderschutz eng miteinander zu verknüpfen. HK

Ausbildung

Förderung der Allgemeinmedizin

Der vor 50 Jahren amtierende Präsident der Ärztekammer Nordrhein, Dr. Friedrich-Wilhelm Koch, forderte in einem Schreiben an die medizinischen Fakultäten in Nordrhein, die Allgemeinmedizin in der Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten besonders zu fördern. Dem Schreiben waren ein Vorschlag des Ärztetages und ein entsprechender Beschluss des Kammervorstandes vorausgegangen. Das berichtete das *Rheinische Ärzteblatt* in seiner Ausgabe vom 8. September 1971. „Einer der Gründe für den bedauerlichen Rückgang der niedergelassenen praktischen Ärzte bzw. Ärzte für Allgemeinmedizin liegt nach Meinung der Ärztekammern in der mangelnden oder nicht immer ganz zu-

treffenden Information der Medizinstudenten über Aufgaben und Tätigkeiten der praktischen Ärzte.“ Die ärztliche Ausbildung betone zu sehr wissenschaftliche Gesichtspunkte, wodurch „primär nur ein Interesse an fachärztlicher Tätigkeit geweckt werde“. Die Ärztekammer Nordrhein forderte deshalb die Fakultäten in Aachen, Bonn, Düsseldorf, Essen und Köln auf, „so schnell wie möglich Lehrstühle für Allgemeinmedizin einzurichten“.

Heute, 50 Jahre später, verfügt jede nordrheinische Universität über ein Institut für Allgemeinmedizin, die praxisorientierte Ausbildung ist ein Anliegen der Approbationsordnung und insgesamt 53 Weiterbildungsverbände im Land unterstützen seit Jahren bei der Weiterbildung zum Facharzt für Allgemeinmedizin. bre

RA VOR 50 JAHREN